Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schulenburg, erteilte das Wort an den Dezernenten Herrn Doğan und die Fachdienstleitung Frühkindliche Bildung, Frau Machein.

Herr Dogan bezog sich auf den Sachstandbericht aus dem letzten JHA. Eine große Anzahl der Bescheide konnte seit dem abgearbeitet werden. Er rief in Erinnerung, dass bei neueigestelltem Personal und der zu bewältigenden Anzahl – wie bereits im letzten JHA vermutet - eben auch die Fehleranfälligkeit größer sei. Diese fehlerhaften Bescheide müssten nun abgearbeitet werden. Erfreulich sei, dass die Beschwerden der Eltern deutlich abgenommen haben.
Leider seien die Personalressourcen – nicht nur in diesem Bereich – sehr angespannt.
Er sei dennoch sehr zuversichtlich, dass mit dem durch die Verwaltung erstellten Konzept alles abgearbeitet würde. Ebenso zuversichtlich stimme ihn, dass auch in absehbarer Zeit durch die Politik ermöglicht werde, die Beiträge abzusenken. Er hoffe, dass der Entscheid dazu im Juni dieses Jahres im Rat erfolge.

Frau Machein (Fachdienstleitung Frühkindliche Bildung) dankte für die Einleitung. Das erstellte Konzept bestünde aus 3 Säulen: mehr Serviceorientierung, Verbesserung der organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen sowie der Fürsorgepflicht gegenüber den MitarbeiterInnen der Stadt. Sie stellte fest, dass die Belastungssituation vom Ende letzten Jahres abgemildert werden konnte. Die Elternbeitragsstelle sei künftig personell und strukturell so aufgestellt, dass sie ordnungsgemäß die Arbeit erledigen kann und zum Ende des Jahres die Rückstände aufgearbeitet sein werden.
Sie hoffe, dass die Verstetigung bis Ende des Jahres und die bedarfsgerechte Ausstattung der Personalsituation über das Jahr hinaus unter Berücksichtigung der OGS-Entwicklungen bestehen bleiben.
Die Entlastung über die Satzungsänderung zum 01.08.22 aus der Politik heraus, solle gleichzeitig genutzt werden, um Verwaltungsvereinfachung durchzuführen. Dies alles müsse jedoch auch unter Berücksichtigung der Kita-Baumaßnahmen erfolgen.

Frau Schulenburg gab das Wort an Frau Jung (FDP-Fraktion) und Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft).

Sie dankte Herrn Doğan und Frau Machein und drückte gleichzeitig Verständnis für die Reaktion der Eltern aus. Die neue Satzung werde sicherlich helfen, bürokratische Strukturen abzubauen, dies sei gerade vor der Steigerung der Kita-Plätze insgesamt wichtig. Sie drückte der Verwaltung ihren Respekt für die Bewältigung gerade auch in Zeiten von Corona aus.

(Nachfolgend bereits mit Herrn Dr. Pich abgestimmt)
Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft) dankte ebenfalls für die Information und schlug als schnelle Lösung, die komplette Abschaffung der Beiträge ab. Dies würde ja auch zu Personaleinsparungen führen, welches auch gut an anderen Stellen eingesetzt werden könnte.
Folgende Fragen seien für ihn noch nicht beantwortet:
Die Beiträge, die die Eltern jetzt zahlen würden seien doch eigentlich zu hoch, da zu geringe Beiträge als Grundlage der Entscheidung berücksichtigt wurden? Es fehlten

nämlich die nicht bearbeiteten Bescheide, womit die Datengrundlage für Entscheidung, ob die Beiträge erhöht werden oder nicht, zu niedrig war.
Weiter fragte er, wie die Eltern der Stadtverwaltung nachweisen sollen, dass ihnen ein steuerlicher Schaden entstanden ist?

Auf Rückfrage stimmte Herr Pich (Stadtschulpflegschaft) zu, dass die Fragen durch die Verwaltung schriftlich beantwortet werden könnten, sofern die Fragen auch im Protokoll stünden.

(***nachfolgend bereits mit Herrn Dr. Beckmann abgestimmt***)
Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) dankte für die Informationen und begrüßte, dass die Probleme angegangen würden. Die CDU-Fraktion habe dazu ja bereits eine umfangreiche Anfrage gestellt, die beantwortet wurde. Daraus ergäben sich Bemerkungen und Fragen.
Er bat darum, dass die Politik künftig proaktiv darüber informiert würde, wenn das RPA involviert sei und Fälle verjährt seien.
Er erkundigte sich wie realistisch die Zeitangaben zur Aufarbeitung der Rückstände bei den Beitragsbescheiden seien und ob bei den mitgeteilten Zahlen nur die noch gar nicht bearbeiteten Fälle erfasst seien, also neue Kita-Kinder und Kindertagespflegekinder? Oder auch solche, bei denen aufgrund von Veränderungen von Einkommen ein Änderungsbescheid erforderlich sei?

Entsprechend den Erläuterungen der Verwaltung zur Anfrage würden die Evaluation der Elternbeiträge und auch die Berechnung der Haushaltsplanung, ebenso die Jahresabschlüsse auf Grundlage der sich aus den erteilten Bescheiden ergebenden Forderungen erfolgen. Wenn aber zahlreiche Bescheide noch ausstünden, bedeute das dann nicht, dass möglicherweise sogar diejenigen Eltern, die einen Bescheid erhalten haben, zu hohe Beiträge zahlen?

Eine Anregung von Eltern, die hiermit an die Verwaltung weitergegeben werden solle, sei, die telefonische Erreichbarkeit der Elternbeitragsstelle im Interesse berufstätiger Eltern ein- bis zweimal in der Woche auf die Nachmittagsstunden zu legen.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) benannte folgende Problemfälle, die aus Sicht der Politik vorrangig behandelt werden sollten:
Es gäbe Familien, bei den sich die Familienverhältnisse so entwickelt hätten, dass niedrigere Kita-Beiträge die Folge seien und die trotz zügiger Einreichung ihrer Unterlagen keinen zeitnahen Bescheid erhielten. Diese Familien zahlten also teilweise über ein Jahr lang zu hohe Beiträge, was bei diesen Familien eine erhebliche Belastung darstellen könnte. Er bat darum, diese Fälle prioritär anzugehen.

Auch zu den Kindertagespflegepersonen sei seitens der CDU-Fraktion eine Anfrage gestellt worden. Auch hier seien ausstehende Förderbescheide ein Problem. Zahlungen für bereits erbrachte Leistungen erfolgten teils mit erheblicher Verzögerung oder dass Leistungen erbracht würden, ohne dass sie vorläufig vergütet würden, weil der Förderbescheid noch nicht da ist, aber der Betreuungsvertrag schon geschlossen worden sei.
Er machte nochmal deutlich, dass das Ausbleiben von Zahlungen bei den

Kindertagespflegepersonen im Extremfall existenzgefährdend sei und zu starker Frustration führe. Dies sollte vermieden werden, da heute schon die Wichtigkeit der Tagespflegepersonen bei der Kinderbetreuung in Sankt Augustin herausgestellt wurde.

Die Vorsitzende erkundigte sich, ob auch hier wie bei Herrn Dr. Pich hinsichtlich der Beantwortung der Fragen verfahren werden könne.

Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) bejahte dies grundsätzlich, allerdings erkundigte er sich nach den aktuellen Zahlen.

Frau Machein (Fachdienstleitung Frühkindliche Bildung) machte die Gemengelage aus vielen Individualfällen deutlich und mochte aufgrund dessen keine konkreten Zahlen nennen. Ein Fall kann z.B. 3-4 Bescheide auslösen und man könne dazu zwar Zahlen liefern. Jedoch ließen sich über die reine Bescheid-Zahl keine qualifizierten Aussagen zur Abarbeitung der Rückstände ableiten.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schulenburg, machte darauf aufmerksam, dass – wenn tatsächlich die aktuellen Zahlen benannt werden sollten - auch dies wiederum Zeit in der Verwaltung binden würde.

Der Dezernent, Herr Doğan versicherte, dass die Verwaltung so schnell als möglich abarbeitet.
Er schlug vor, die Fragen nochmal vorab Herrn Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft) und Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) zuzuleiten, um die Richtigkeit abzugleichen.

Herr Knülle (SPD-Fraktion) dankte der Verwaltung und stellte fest, dass die Aufarbeitung ein gutes Zeichen für den Umgang mit der Fehlerkultur sei. Bezugnehmend auf den Beitrag des Vertreters der Stadtschulpflegschaft appellierte er an die CDU-Fraktion gemeinschaftlich die Senkung der Elternbeiträge ins Visier zu nehmen. Auch bejahte er, dass die Kommunikation hier noch verbesserungsfähig sei, jedoch bei dem derzeit vielschichtigen und umfangreichen Arbeitsanfall des Bürgermeisters, man doch nachsichtig sein solle.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schulenburg, erteilte Herrn Beiersdorf-ElSchallah das Wort. Dieser erkundigte sich nach weiterer Einstellung von Personal zur Bewältigung des Arbeitsanfalls.
Der Dezernent, Herr Doğan, machte nochmals die Größenordnung deutlich und dass dort nie der erforderlicher Personalstand vorgehalten werden könne. Man spreche hier für den OGS-, Kindertagespflege- und Kita-Bereich über mehrere Millionen Euro. Sollte der OGS-Bereich noch als Rechtsanspruch hinzukommen, würde dies deutlich mehr Bescheide bedeuten. Derzeit würde Personal aus Zeitarbeitsfirmen die Stadtkasse und den Frühkindlichen Bereich verstärken. Der Personalbedarf würde kontinuierlich genaue beobachtet und entsprechend nachgesteuert.

Herr Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft) führte aus, dass er verstanden habe, der Stadt entstünde kein Schaden, die Beiträge würden ja irgendwann gezahlt. Er sei der Auffassung, die Beiträge der Eltern, die jetzt gezahlt würden, seien eigentlich zu hoch.

Der Dezernent, Herr Doğan, sagte die Beantwortung zu, wobei er klarstellte, dass möglicherweise Ausgangspunkt der Fragestellung eine Fehlinformation sei.
Es gäbe keine fiskalischen Probleme, die der Stadt daraus entstehen könnten. Es gäbe 5 Verjährungen. Sofern es auch nur eine angenäherte Regresspflicht geben würde, wäre dies zu prüfen. In solchen Fällen sagte er proaktive Unterstützung der Eltern zu.

Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) bat um kontinuierliche Fortsetzung der Informationspolitik der Stadt wie bereits im Dezember 2021.

Die stellvertretende Vorsitzende dankt allen und stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen dazu gab. Sie leitete zum Tagesordnungspunkt 16 über.